Notfalls schießt die Stadt Geld dazu

Wiehler wollen nicht an der Qualität der Betreuung in den Kitas sparen

VON REINER THIES

WIEHL. Um die Qualität der Betreuung in der Drabenderhöher Kindertagesstätte zu gewährleisten, würde die Stadt Wiehl dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) sogar einen Betriebskostenzuschuss zahlen. Das hat Beigeordneter Michael Schell im Jugendhilfeausschuss des Stadtrat bekannt gegeben. Denn zu den Kitas, die das DRK abgeben will, weil es nach den Tariferhöhungen für die Erzieherinnen Verluste macht, gehört auch der Adele-Zay-Kindergarten, den das DRK erst vor eineinhalb Jahren übernommen hat.

Noch ist nichts entschieden. Schell hat die Hoffnung nicht aufgegeben, dass das Land selbst erkennt, wie wenig kostendeckend die Finanzierung der Kindergärten ist. Sicher sei nur, dass die Stadt auf die Kitaplätze nicht verzichten kann und es keine Option ist, den Kindergarten einem billigeren Träger zu übertragen, der die pädagogische Qualität nicht gewährleistet, sagt der Beigeordnete. Also müsse die Stadt erwägen, ob sie den Betrieb selbst übernimmt oder dem DRK einen Zuschuss zahlt. Letzteres bringe allerdings die schwer kalkulierbare Gefahr mit sich, dass andere Träger ebenfalls Unterstützung einfordern. Anders als das DRK sei die Arbeiterwohlfahrt, die in Wiehl drei Kitas betreibt, unterdessen noch gar nicht an die Stadt herangetreten. Im Ausschuss betonte Schell, dass sich weder Eltern noch Erzieherinnen Sorgen machen müssten. Die Kitaplanung der Stadt Wiehl werde ohnehin losgelöst von diesen Problemen fortgesetzt.

Wie Jugendamtsleiterin Andrea Stawinski erläuterte, liegt der Betreuungsbedarf deutlich über den Prognosen und steigt weiter. Dazu trage auch der Zuzug von Flüchtlingen bei. Im bevorstehenden Kindergartenjahr kalkuliert die Stadt mit 795 Plätzen, das sind 46 mehr als im laufenden Jahr. Mehr Plätze wird es besonders in Oberwiehl (+20) und Drabenderhöhe (+16) geben.

Die Finanzierung der Kindergärten ist derweil auch ein interkommunales Problem. Die Jugendamtschefin Stawinski berichtete im Ausschuss von Überlegungen der Gummersbacher Kollegen, sich für einen Überhang an auswärtigen Kindern, die Kitas in der Kreisstadt besuchen, von den Nachbarkommunen entschädigen zu lassen. Dies würde eine Kettenreaktion auslösen.

Gummersbachs Stadtsprecher Siegfried Frank bestätigt entsprechende Erwägungen. Das Gesetz erlaube es, von der Heimatkommune für jedes Kind einen 40-prozentigen Anteil der Landesförderung einzufordern. Das Jugendamt wolle aber zunächst die tatsächlichen Zahlen ermitteln und prüfen, ob sich der nicht unerhebliche Aufwand, die auswärtig betreuten Kinder gegeneinander aufzurechnen, auch wirklich lohnt.